

GUSTAV ERMECKE

## Politik und Moral<sup>1</sup>

Sozialprinzipien als Hilfen zur Diagnose ihres Verhältnisses heute

### I. KLARE BEGRIFFE ERFORDERLICH

#### 1. »Politik, unser Schicksal«

»Politik ist unser Schicksal«, soll *Napoleon* gesagt haben. *Walter Rathenau* meinte, das sei die Wirtschaft. Da aber die Wirtschaftsgestaltung wesentlich auch von den politischen Verhältnissen mitbedingt wird, dürfte *Napoleon* richtiger geurteilt haben, weil er einen tieferen geschichtlichen Schicksalsgrund angab.

Hier soll nun eine Methode behandelt werden, wie in der Diskussion Politik und Moral richtig diagnostiziert werden können. Das ist Aufgabe dieser Darlegungen.

Über die Grundproblematik einer politischen Ethik wurde systematisch schon oft gesprochen. Jetzt geht es darum, den Schlüssel herauszustellen, der gestattet, die oft geheimnisvoll verschlungenen vielfältigen Wege, die historisch so verworrenen, machtpolitisch umkämpften und heute so friedlos, freudlos, hoffnungslos sich anbietenden Beziehungen zwischen Politik und Moral von ihren Gründen her zu verstehen.

Natürlich setzt eine solche Diagnose Klarheit darüber voraus, was mit den Begriffen Politik und Moral ergriffen wird; denn je nach dem Verständnis dieser Grundbegriffe und der darin mitbegriffenen Grundwerte fallen auch die Diagnose und – wovon hier nicht eingehender zu sprechen ist – die Therapie zur Heilung der offenbar gestörten Beziehungen zwischen Politik und Moral aus.

---

<sup>1</sup> *Joseph Mausbach-Gustav Ermecke*, *Katholische Moraltheologie*, III, Münster 1961, §§ 7, 8, 25–29. Wegen seiner bleibenden Grundsätzlichkeit und begrifflichen Klarheit ist immer noch zu verweisen auf: *Oswald von Nell-Breuning* und *Hermann Sacher*, *Wörterbuch der Politik*, Freiburg 1947. Ferner auf: *Marcel Reding*, *Politische Ethik*, Freiburg i. Br. 1972; *Stephan H. Pfuertner*, *Politik und Gewissen – Gewissen und Politik. Grundsätzliche Erwägungen zum Verhältnis von Ethik und Politik*, Zürich, Einsiedeln, Köln 1976 (verlangt besonders kritische Lektüre!); *Gustav Ermecke*, *Beiträge zur Christlichen Gesellschaftslehre*, Paderborn 21977; *Wilhelm Weber*, *Person in Gesellschaft*, München, Paderborn, Wien 1978.

## 2. Mißverständnis von Politik und Moral führt zu Fehldiagnosen

Wer Politik versteht als den Raum, in dem sich Freund-Feind-Verhältnisse darstellen<sup>2</sup>, oder wer Politik nur als Machterwerb und Machtverwaltung ansieht<sup>3</sup>, oder wer Politik als schmutziges Geschäft betrachtet oder als das Produkt variabler unkontrollierbarer und nicht beherrschbarer dunkler Interessenkämpfe, der wird unser Thema anders behandeln müssen, als wer z. B. eine »Politik aus christlicher Verantwortung« und darum auch aus christlichem Ethos bejaht.

Außer der Fülle der verschiedenen und gewöhnlich einander widersprechenden Definitionen von Politik beeinträchtigt unsere Überlegungen die Vielzahl der Meinungen über Moral und die Frage, welche Normen für das Leben der einzelnen und der politisch zu gestaltenden Gemeinschaft verbindlich sind.

In beider Hinsicht stehen wir heute in der politischen Praxis und leider auch in der wissenschaftlichen politologischen und in der ethischen Theorie vor einer Fülle von verschiedensten Begriffen und Meinungen, die nur in typischen Gruppierungen und Erscheinungen von ihrem Fundament her zu erfassen und zu deuten sind.

## 3. Die Geschichtlichkeit des Themas

Es kommt hinzu, daß sich unser Thema durch die Jahrtausende bis zum Ende der Zeiten immer wieder im kleinen und großen unausweichlich stellt. Man könnte die geschichtlichen Zeitabschnitte gerade danach einteilen, wie sie jeweils das Verhältnis von Politik und Moral gesehen und gelöst haben.

Von der radikalen Gegenüberstellung bis hin zur völligen Identifizierung reicht die Skala der Verfehlungen unseres Themas. Warum? Weil man das Fundament beider, der Politik wie der Moral, verfehlt. In der Absorbierung und Identifizierung von Moral und Politik wird Politik auf dem Boden totaler politischer Weltanschauung (= Weltbewertung) betrieben. Wo aber Politik in Moral und Weltanschauung aufgeht, da verfällt man in einen religiös-moralischen Machtabsolutismus und Rigorismus. Wo Politik und Moral aber völlig auseinandergerissen werden, wo man sie völlig voneinander zu trennen versucht, da endet Politik in der Amoralität der Menschenvernichtung bzw. die Moral in gemeinschaftszerstörendem,

<sup>2</sup> Vgl. *Carl Schmitt*, *Der Begriff des Politischen*, Hamburg 21938.

<sup>3</sup> Vgl. *Max Weber*, *Schriften zur theoretischen Soziologie, zur Soziologie der Politik und Verfassung*, Frankfurt a. M. 1947.

egoistischem Getto-Denken und -Leben. In unserem Thema handelt es sich also um ein Schicksalsproblem der gesamten Menschheitsgeschichte. Kein Wunder, daß Bibliotheken darüber geschrieben worden sind und die Diskussionen darüber um so heftiger werden, je mehr sich Menschen durch die falsche Identifizierung oder falsche Gegenüberstellung von Politik und Moral angegriffen fühlen.

#### 4. *Der Kampf um die Menschenrechte*

Letztlich hat auch hier der Kampf um die Menschenrechte seinen Entstehungsgrund: Eine amoralische Politik aus einem totalitären kollektivistischen Nützlichkeitsdenken heraus zerstört den Menschen und seine Rechte als eines moralischen, d. h. in gebundener Freiheit lebenden Wesens.

Schon hier stoßen wir auf den Kern von Politik und Moral. Politik ist oder soll letztlich sein Dienst am Menschen<sup>4</sup>, und Moral soll sein die Selbstdarstellung des Menschen in seiner norm- und wertgebundenen Freiheit<sup>5</sup>. All das gründet also im Menschen als Ursprung und Ziel oder, wissenschaftlich gesprochen, in der Anthropologie. Wo wie in totalitären kommunistischen Staaten marxistischer Prägung der Einzelmensch überhaupt nichts gilt, sondern nur das von Funktionären beherrschte Kollektiv, wird jede Religion bekämpft, weil sie auch der Verteidigung der Menschenrechte dient. Und wo trotz allen Versagens die Moral als Ausdruck der freiheitlichen Grundpflichten des Menschen anerkannt wird, muß man sie auch in der Politik als Dienst am Menschen zum Fundament und Ziel derselben machen. In Helsinki siegte diese Gruppe, in Belgrad verhinderte jene eine Anerkennung und Weiterführung von Helsinki.

## II. BEURTEILUNGSWEISEN

### VON POLITIK IN IHREM VERHÄLTNIS ZUR MORAL

1. Im praktischen Leben,
2. In wissenschaftlicher Forschung,
3. In christlich-gesellschaftswissenschaftlich begründeter Lebenshaltung.

<sup>4</sup> Die wohl treffendste Definition von Politik ist zu lesen bei *Johannes Althusius*, *Politica methodice digesta et exemplis sacris et profanis illustrata*, Faksimiledruck von Herborn, <sup>3</sup>1614, Scientia Aalen 1961; 2. Kapitel, I, 1: *Politica est ars homines ad vitam socialem inter se constituendum, colendam et conservandam consociandi.*

<sup>5</sup> Moral als Praxis ist die Gesamtheit der freien Wertentscheidungen, gemessen an der dafür zuständigen Norm. Moral als Theorie ist philosophische Ethik oder Moralthologie. Beider Gegenstand ist die genannte Moral im Lichte der seins- und ordnungsvernehmenden Vernunft bzw. des von der Kirche verkündeten Glaubens.

Man kann unser Thema, die politische und moralische Praxis im Verhalten der einzelnen und der Gruppen, von Staat und Gesellschaft von verschiedenen Seiten angehen.

### 1. Politik und Moral im praktischen Leben

Wie stellt sich das freie und darum sittlich relevante Verhalten (oder die Moral) der Bürger – denn nur dieses ist hier im Verhältnis zur Politik zu bedenken – zur Politik als Sorge für das Gemeinwohl<sup>6</sup> aller, vor allem der im Staat vereinten Bürger, dar, und wie verhält sich umgekehrt der Staat mit seiner Politik gegenüber den freien Entscheidungen seiner Bürger?

a) Wie verhalten sich die Bürger mit ihrer Moral gegenüber der Politik? Das ließe sich gewiß genauer empirisch aufzeigen, obwohl das Ethos oder das sittliche Werten und Handeln der Bürger einem schnellen Wandel unterworfen ist, so daß eine Statistik oft schon veraltet ist, wenn man sie aufgestellt hat.

Sodann muß man sehr wohl unterscheiden zwischen politisch zu gestaltenden Bereichen mit einer stark traditionellen, stabilisierten Moral der Bürger und jenen Bereichen, in denen dagegen ein starker Wandel der Moral eingetreten ist. Das kann die Folge sein, z. B. aus politisch-revolutionären Gründen oder aus rassistisch-ideologischen Gründen.

Entscheidend ist in solchen revolutionären Bereichen das politische oder ökonomische oder rassistische Vorurteil, daß man einen Wandel auch der politischen Moral zugrundelegt. Es sind oft in allen diesen Fällen verschiedene Weisen von Utilitarismus (Nützlichkeitsmoral), von Eudämonismus (glücksuchende Moral), von Hedonismus (der Lustgewinnungsmoral) im Spiel. Das gilt auch dort, wo das Festhalten an Moraltraditionen gesichert ist, wobei dann gewöhnlich weltanschauliche, vor allem religiös fundierte moralische Verhaltensweisen dominieren.

Immer hängt es davon ab, welches Menschenverständnis jeweils als Grund und Ziel freiheitlichen Handelns der Moral zugrundegelegt wird<sup>7</sup>.

b) Die umgekehrte Frage: Wie verhält sich Politik zur Moral?

Je nach dem Verständnis von Politik und dahinter je nach dem zugrundeliegenden politisch zu gestaltenden Gemeinschaftsverständnis wird sich Politik als Gestaltung des Gemeinschaftslebens auch moralisch auswirken

<sup>6</sup> Über die Unterscheidung von ontologisch, moralisch und pragmatisch verstandenem Gemeinwohl vgl. *Joseph Mausbach-Gustav Ermecke*, a. a. O., III, § 2.

<sup>7</sup> Allem menschlichen Verhalten liegt zugrunde sein Selbstverständnis, das er bei aller Objektbindung im sittlichen Handeln und praktischen Gestalten projiziert.

zum Wohl des Menschen oder zu seiner Behinderung oder gar Vernichtung. Jeden Tag bringen uns die Massenmedien, vor allem Zeitung, Fernsehen und Rundfunk, von verschiedensten Seiten aus Versuche, die zeigen, wie Politik und Moral in ihrer sachlichen Untrennbarkeit dennoch entweder miteinander identifiziert (als Politisierung der Moral; Moralisierung der Politik) oder aber getrennt (Aufspaltung des privaten und öffentlichen Lebens in zwei einander indifferent gegenüberstehende Lebensbereiche: hier die äußere politisch zu gestaltende Rechtsordnung und dort das innere persönlich zu verantwortende Moralverhalten) oder feindlich auseinandergerissen werden (durch Verneinung und Behinderung der Moral, die immer den einzelnen in seinem Freiheitsgebrauch meint, oder Verneinung und Behinderung oder Vergleichgültigung von Politik unter der Herrschaft rein privater Interessenverfolgung).

Mehr als der Aufweis dieser typischen Gesichtspunkte ist über das Verhältnis von Politik und Moral ganz allgemein hier kaum zu sagen. Wenn man in einen konkreten geschichtlichen Raum einsteigt, z. B. nach dem Verhältnis von Politik und Moral in der Bundesrepublik Deutschland fragt, müßte man die vom Grundgesetz als Grundwertbestimmung für die Politik im Dienst am Gemeinwohl geforderten Gemeinschaftsgestaltungen empirisch untersuchen, was aber aus den oben dargelegten Gründen leicht in die Irre führen kann. Statistiken unterliegen ja nicht bloß dem ständigen Wandel ihrer Untersuchungsobjekte, sondern auch teilweise der ideologischen (vom Wunschdenken beherrschten) Manipulation der Interessenten. Für Praktiker sollte daher immer gelten: Dient eine Moral als Freiheitsgebrauch des Menschen wirklich dem ganzen Menschen in seiner Personwürde, in seiner Einheit von Leib und Seele, in seinem individuellen Selbstsein und in sozialer Verbundenheit, in totaler und radikaler Abhängigkeit von Gott, oder fehlt es daran?<sup>8</sup> Je nachdem, welche von diesen Seiten des Menschen verfehlt wird, ergeben sich für die Moral und für die Politik, die ja dem ganzen Menschen (als totus, sed non totaliter, nicht mit Haut und Haar) im äußeren, durch das Recht zu ordnenden Gemeinschaftsbereich dienen soll, wichtige Ansatzpunkte zur Kritik des konkreten Verhältnisses von Politik und Moral.

Daher muß auch jede Politik letztlich nach ihrem Dienst an diesem ganzen Menschen beurteilt werden. Der Kern des Menschen ist und bleibt ja immer und überall der gleiche; nur seine Erscheinungs- und Ausdrucksformen sind in der Geschichte wandelbar. Nicht von jenem Wandel, sondern nur von dem darin sich durchhaltenden, bleibenden Kern aus kann eine

---

<sup>8</sup> Vgl. *Joseph Mausbach-Gustav Ermecke*, a. a. O., I, 1959, § 2.

realistische Kritik ausgehen und sich vor ideologischen und utopischen Irrtümern bewahren<sup>9</sup>. Das ist die Erkenntnis kritisch-realistischer Anthropologie als Grundlage der Moral und der Politik als Dienst am Menschen.

## 2. *Politik und Moral in der wissenschaftlichen Forschung*

Wenn sowohl alle Moral als auch alle Politik im Menschen fundiert ist und dem Menschen zu dienen hat, so hängt in beiden Bereichen alles von der Anthropologie ab. Die Moral steht unter dem Imperativ: »Sei, der du bist, werde, wer du sein kannst!«<sup>10</sup> Politik steht unter dem Imperativ: »Dienst am ganzen Menschen und seiner Zukunft in der Gemeinschaft, soweit Politik dafür überhaupt zuständig ist.«<sup>11</sup>

Über das, was der Mensch moralisch tun soll, und wie Politik praktisch dem Menschen dienen soll, darüber gibt es unendlich viele Meinungen. Zumeist herrscht hier nicht nur Differenzierung, sondern Auseinanderreißung von Moral und Politik vor. Der Moral wird der Bereich des Privaten, der Politik der Bereich des Öffentlichen zugeschrieben. Die Politik wird dabei wesentlich gesehen als eine äußere (vor allem rechtliche) Gestaltung des Gemeinschaftslebens, und die Politologie oder die Politikwissenschaft befaßt sich vor allem mit dem Funktionieren der an der politischen Gestaltung beteiligten Kräfte. Aber über das Wesen der politisch zu gestaltenden Gemeinschaft selbst, z. B. über das Wesen des Staates, herrscht dabei kaum eine gleiche Meinung. Damit verfehlt man aber auch das gemeinsame Ziel von Politik, und alle bloße Mittelbetrachtung ohne Zielsetzung in Politologien und »Realpolitiken« ist dann sinnlos, weil man von Mitteln sinnvoller- und logischerweise nur im Hinblick auf bestimmte Ziele sprechen kann. Und daran fehlt es auch heute in Politik und Moral. Wie auch sonst im modernen Leben haben wir hier einen Überfluß an Mitteln ohne klare realistische Ziele.

So verfehlt die Politologie trotz eines reichen Schrifttums und großer Diskussionsfreudigkeit weithin das Fundament: den Menschen als Ziel aller Politik in den verschiedenen zu gestaltenden Gemeinschaften.

Öffentliche Moral ihrerseits zehrt weithin von überkommenen sittlichen Vorstellungen und Bewertungen, die zwar im Kern richtig sein können, deren Anwendung auf die konkreten, sich ständig wandelnden und poli-

---

<sup>9</sup> Vgl. *Gustav Ermecke*, *Ideologie und Utopie*, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 10 (1969) 259–271.

<sup>10</sup> Heute scheinen manche Moraltheologen als Grundimperativ auszugeben: »Macht, was ihr wollt, aber tut euch und anderen nicht weh!«

<sup>11</sup> Vgl. Anm. 4.

tisch zu gestaltenden Verhältnisse aber gewöhnlich aus ideologischen Gründen verfehlt ist.

Wissenschaftlich ist für unser Thema weder von den Vertretern der Moral, seien sie philosophische Ethiker oder Moraltheologen, noch von den Vertretern der Politologie und von den ihr zugeordneten Vertretern der Wissenschaft vom Recht, von der Wirtschaft, von der Kultur viel zu holen. Das bedeutet einen großen Schaden für die Theorie in Politik und Moral, und für die Praxis bewirkt das einen unersetzlichen Schaden für den Menschen und das Gemeinwohl.

Daraus ergibt sich die Folgerung, daß die Wissenschaftler von Politik und Moral in Verantwortung für den gemeinsamen, wenn auch verschiedenen Dienst am Menschen in der Gemeinschaft stärker miteinander kooperieren müssen. Eine Brücke zwischen beiden Wissenschafts- und Lebensbereichen bietet die christliche Gesellschaftslehre (abgekürzt: CGL) an, und von dort aus soll hier versucht werden, eine die Realitäten in Politik und Moral verbindende und ihre Diagnose erlaubende Perspektive aufzuzeigen.

### *3. Politik und Moral im Lichte der christlichen Gesellschaftslehre und der Sozialprinzipien*

Der CGL geht es als Sozialtheologie darum, im Lichte der von der Kirche verkündeten Heilsbotschaft des Herrn das menschliche Gesellschaftsleben zu erforschen (CGL i. e. S.) und alle heilsrelevanten Erkenntnisse anderer Sozialwissenschaften (Sozialdeskription, Soziologie, Sozialgenetik, Sozialphilosophie u. a.) in sich zu verarbeiten (CGL i. w. S.)<sup>12</sup>. Wenn Politik und Moral beide im Menschen gründen und terminieren, dann liefert die CGL im System ihrer sozialen Grundgesetze oder Sozialprinzipien eine unvergleichliche Hilfe im Dienst am Menschen und an der Gemeinschaft durch moralischen Freiheitsgebrauch in politisch-praktischer Gestaltung.

Das Soziale, von dessen Wesens- und Zielbestimmung alles abhängt, ist der Bereich des Mitmenschlichen und, wo dieses organisierte Gestalt empfangen hat, des Zwischenmenschlichen<sup>13</sup>.

---

<sup>12</sup> Über die Stellung der CGL im System der Sozialwissenschaften siehe *Gustav Ermecke* (Anm. 1).

<sup>13</sup> Von hier aus wird die berechtigte Forderung nach funktionsgerechter Mitbestimmung deutlich. Aus dem Mitsein (vgl. auch die Enzyklika *Mater et magistra*, Nr. 219) folgt das Mithandeln und damit das Mitverantworten gemäß der Funktion, die einer im Ganzen auszuführen hat. Das Zwischen-Menschliche, das weithin ein scheinbar entpersonalisiertes, juristisch und ökonomisch verselbständigtes Gebilde ist, soll durch die Mitbe-

Das Soziale existiert nicht in der Kategorie der Substanz (= des in sich selbst Seienden) noch in der Kategorie des Akzidens (= des in einem anderen Seienden), sondern, wie auch die Enzyklika *Mater et magistra* (1961) betont (Nr. 219), des Mitseins (= des in vielen Seienden).

Wenn man nun dieses Soziale, das zur moralischen Verantwortung und zur politischen Gestaltung auf das Gemeinwohl hin vor- und aufgegeben<sup>14</sup> ist, auf seine vor aller existentiellen geschichtlichen Konkretetheit liegenden Grundgesetze oder -normen hin untersuchen will, stellt man fest, daß die anerkannten Sozialprinzipien, wie sie die CGL herausstellt, der Schlüssel zum tieferen Verständnis des Sozialen und zur Diagnose und Therapie seiner geschichtlichen Vor- und Aufgegebenheit liefern können<sup>15</sup>.

a) *Die vor-sozialen Prinzipien*<sup>16</sup>

Hierzu gehört der Mensch, um den es, wie immer wieder zu betonen ist, in Moral und Politik geht, und Gott, der Schöpfer, Erhalter, Ziel des Menschen, von dem allein der Mensch in seinen absoluten moralischen Bindungen her verstanden werden kann. Eine Moral und eine Politik, welche den Menschen in seinem Verhältnis zu Gott verfehlt, besitzt kein absolut verbindendes und tragfähiges Fundament. Es endet letztlich stets in einem gröberen oder feineren Relativismus und Nützlichkeitsdenken. Alle unmoralische Politik gründet letztlich in der Gottlosigkeit, alle sachlich falsche Politik in einer Fehlinterpretation des Menschen als personaler Einheit von Leib und Seele, von Einzelsein in sozialer Verbundenheit, in totaler und radikaler Abhängigkeit von Gott<sup>17</sup>.

---

stimmung wieder mehr Mitmenschlichkeit erhalten. Das gilt auch für die Betriebsgemeinschaft zum Unterschied von dem marktorientierten Wirtschaftsunternehmen, eine Unterscheidung, die zur Stunde in der Diskussion über den postulatorischen Laborismus unter katholischen Sozialwissenschaftlern zu wenig gemacht wird.

<sup>14</sup> Die beiden Kategorien: Vorgegeben – Aufgegeben sind von fundamentaler Bedeutung. Nur aus beiden ergeben sich Normen, d. h. die Formulierung von geltenden Zusammenhängen.

<sup>15</sup> An einem solchen Schlüssel fehlt es. Gewöhnlich geht man in der sozialen Diagnose und Therapie aus von erfüllten oder nichterfüllten Wertinteressen. Das in ein umgreifendes System einzuordnen, ist der Sinn dieser Darlegungen.

<sup>16</sup> Ob der Mensch will oder nicht, er geht (vgl. Anm. 7) von seinem richtigen oder falschen Verständnis des Menschen und Gottes aus. Weltbilder oder Weltübersichten reichen nicht aus, wo es um Wertentscheidungen, d. h. um Weltanschauung, Weltbewertung geht. Es gibt also keine weltanschauungsfreie Moral und Politik.

<sup>17</sup> Ich kann vom Sozialen als dem Raum des Mit- und Zwischenmenschlichen gar nicht sprechen, ohne diesen Raum vom Menschen her und auf den Menschen hin zu betrachten. Ohne den Menschen gibt es kein Soziales.

Daher versucht man dort, wo totalitäre Systeme den Menschen politisch beherrschen, stets auch seine Moral als Inbegriff seiner freien Wertentscheidungen zu zerstören. Und darum landen auch Systeme, in denen die Menschen in Amoralität versinken, früher oder später infolge des Mißbrauchs der moralischen Freiheiten in der politischen Tyrannei. Warum? Wenn die Bürger in ihrer moralischen Verantwortung für die Freiheit versagen, muß das soziale Ganze dafür eintreten – es kann ja nicht abdanken – und den freien versagenden Bürgerwillen außer Kraft setzen, ersetzen, was aber, wie die Geschichte lehrt, nie ganz gelingen wird.

### b) Die ur-sozialen Prinzipien

Die Menschen verbinden sich im Mitsein miteinander zu Gebilden, die wir Personenmehrschaften<sup>18</sup> nennen. Sie können sein Personenmehrschaften in mannigfaltiger Seinsverbundenheit (z. B. die Familie, der Staat, die Menschheit, der Berufsstand, die betriebliche Mitarbeitergemeinschaft, die Wohn- oder Siedlungsgemeinschaft) oder Personenmehrschaften in willkürlicher Zweckverbundenheit (z. B. AG, GmbH, Sportvereine, Kegelklub).

Die Personenmehrschaften sind Sozialinstitutionen und Kommunikationssysteme. In ihnen gibt es zahlreiche stabilisierte Kommunikationsweisen, auch soziale Institute genannt, z. B. Geld, Gerichtswesen, Verkehr, Sicherheitsorgane<sup>19</sup>.

Wer Politik und Moral ohne diese grundlegenden Kategorien, ohne Institutionen und Institute, betreiben wollte, käme aus dem Chaos nicht heraus und verstieße gegen die reale Möglichkeit der Entfaltung des Menschen im sozialen Leben.

Hier wird schon klar: Man kann Gemeinschaften nicht auflösen in Gesellschaften (wobei anders als bei *Ferdinand Toennies* u. a. beide nicht psychologisch aus »Wesenswillen« bzw. »Kürwillen« abzuleiten, sondern seinshaft, ontologisch zu verstehen sind), und man kann Gesellschaften nicht emporsteigern zu Gemeinschaften. Der Staat ist keine AG, und keine Gesellschaftsgruppe, z. B. auch nicht die Gewerkschaft, kann »Staat spielen«. Es ist der Staat die existente Volksgemeinschaft, während z. B.

---

<sup>18</sup> Dieser Begriff empfiehlt sich für alle sozialen Gebilde. In ihm sind mehrere Personen gewöhnlich auf Dauer aufeinander hingeordnet und miteinander verbunden. Der Grund und die Art der Verbundenheit qualifiziert die verschiedenen Personenmehrschaften oder sozialen Gebilde.

<sup>19</sup> Diese Unterscheidung ist fundamental. Die Institute sind stabilisierte Kommunikationsweisen. Sie unterscheiden sich nach Orten, Zeiten und Mitteln, z. B. Schule bzw. Feierabend, Geld u. a.

die Gewerkschaften freie Gesellschaften von Arbeitnehmern innerhalb der durch staatliche Gesetzgebung im Hinblick auf das Gemeinwohl aller zu ordnenden Volksgemeinschaft sind. Darum ist ein »Gewerkschaftsstaat« ein Widerspruch in sich selbst.

c) *Die eigentlichen Sozialprinzipien oder die Grundgesetze innerhalb der Sozialinstitutionen*

ca) Das soziale Grundprinzip

Es ist das »Wir«, in das jedes »Ich« eingliedert ist, das daher auch jedes Ich nach Kräften aktiv verantwortlich mitleben, mitgestalten muß. Heute kämpfen im politischen Raum um die Macht die einen, welche das Wir auflösen in rivalisierende und konkurrierende Machtgruppen, auseinandergerissen im Freund-Feind-Denken, oder aber im Pseudo-Wir eines totalitären Kollektivs, das den Einzelbürger in seinen Freiheiten verneint. Es ist schade, daß gegenüber einigen anderen Sozialsystemen – z. B. Kommunismus, Sozialismus – das Gesamt der christlichen sozialen Ideen noch keine entsprechende Formulierung gefunden hat. Der im Bereich der »Katholischen Soziallehre« seit mehreren Jahrzehnten dominierende sog. »Solidarismus« leistet guten Dienst, soweit ihn das gültige soziale Strukturprinzip der Solidarität trägt<sup>20</sup>. Aber ohne das Ganzheits- und Gliedschaftsprinzip hängt der Solidarismus in der Luft, weil ihm die letzte Begründung fehlt.

Und doch bedürfen wir wie für die soziale Verantwortung in der Moral, so auch für die sozialen Gestaltungen in der Politik eines seinsbegründeten, werterfüllten, psychologisch werbenden, allgemein-verständlichen und über alle Abgründe der Meinungsverschiedenheiten hinweg brückenbauenden verbindenden sozialen Grundprinzips<sup>21</sup>.

Da der Sozialismus sich trotz aller Versuche nicht »taufen« läßt (es also keinen »christlichen Sozialismus« geben kann)<sup>22</sup> und nach wie vor auch ein »gemilderter Sozialismus« abzulehnen ist<sup>23</sup> – letztlich wegen seiner Verwurzelung in einer falschen Anthropologie –, habe ich nach dem zwei-

<sup>20</sup> Aus der reichen Literatur sei vor allem das bereits erwähnte Buch von *Wilhelm Weber* (vgl. Anm. 1) hier angeführt. Sodann auch: *Oswald von Nell-Breuning*, Art. Solidarismus, in: Wörterbuch der Politik, V, Sp. 357–376.

<sup>21</sup> Diese Eigenschaften müßten konstitutiv sein für jedes soziale Grundprinzip. Und ein diese Eigenschaften besitzendes Grundprinzip sucht die CGL, die christlich-soziale Praxis und die christlich orientierte Politik schmerzlich.

<sup>22</sup> Vgl. *Hans-Josef Rissing*, Die Diskussion über den »christlichen Sozialismus« im katholischen Raum in Deutschland 1918–1948, Diss. Bochum 1977.

<sup>23</sup> *Pius XI.*, Enzyklika Quadragesimo anno, Nr. 117.

ten Weltkrieg das Sozialprinzip »Familiarismus«<sup>24</sup> vorgeschlagen: Die Menschen sind allesamt unter dem einen Vatergott eine Familiengemeinschaft von Brüdern, eine Menschheitsgemeinschaft, die sich in viele Untergemeinschaften von Brüdern gliedert. Diese natürliche Menschheitsfamiliengemeinschaft findet ihre Vollendung in der neuen Familiengemeinschaft der erlösten Gotteskinder in der Kirche, in der das »Vaterunser« Grundgesetz des Glaubens, des Betens und des Lebens ist, und für die der heilige Paulus in Gal 3,28 die Magna Charta Socialis verkündet hat: »Ihr alle, die ihr getauft seid, habt Christus angezogen. Da ist nicht mehr Jude und Grieche, nicht mehr Herr und Sklave, nicht mehr Mann und Frau. Ihr alle seid einer in Christus« (vgl. zum Familiarismus an vielen Stellen die Lehre der Päpste, vor allem *Pius' XI.* und *Pius' XII.*<sup>25</sup>, und das II. Vatikanische Konzil).

<sup>24</sup> Vgl. Anm. 1 und *Gustav Ermecke*, in: Wörterbuch der Politik, V, 71–78; *ders.*, Die Familienhaftigkeit des Menschen als Ausgangspunkt (Prinzip) des sozialen Denkens und Handelns in Welt und Kirche, in: Die Naturordnung in Gesellschaft, Staat, Wirtschaft. Festschrift für Johannes Messner, Innsbruck, Wien, München 1961, 265–281.

<sup>25</sup> In Quadragesimo anno, Nr. 137, sagt *Pius XI.*: »Gerechtigkeit, so treu sie auch immer geübt werde, kann nur den Streitstoff sozialer Konflikte aus der Welt schaffen; die Herzen innerlich zu verbinden vermag sie nicht. Nun ist aber die innere Gesinnungsverbundenheit unter den Beteiligten die feste Grundlage aller Einrichtungen zur Sicherung des sozialen Friedens und zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Menschen . . . Die Erfahrung lehrt immer wieder, daß ohne solche Gesinnungseinheit die weisesten Anordnungen zu gar nichts nütze sind. Ein wahres Zusammenwirken aller zu dem einen Ziel des Gemeinwohls ist daher nur dann möglich, wenn die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sich ganz durchdringen lassen von dem Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit als Glieder einer großen Menschheitsfamilie, als Kinder eines und desselben himmlischen Vaters, wenn sie sich fühlen als ein Leib in Christo, »einer des andern Glied« (Röm 12,5), so daß, »wenn ein Glied leidet, alle anderen mit ihm leiden« (1 Kor 12,26).«

Und *Pius XII.* sagte (Ansprache vom 21. 9. 1949) bei der Tagung des internationalen Verbandes der Familienbewegung in Rom: »Daß doch alle Familien der Welt sich zusammenfinden, um einander zu helfen, um durch ihre gesunde und fruchtbare Kraft ein Gegengewicht gegen die bösen Mächte zu sein. Das ist sehr gut! Ein Schritt weiter muß noch geleistet werden, den christlichen Familiengeist zu schaffen in einer nationalen, internationalen und weltumfassenden Abstufung. So wie eine einzelne Familie nicht nur einfach eine Zusammenscharung ihrer Mitglieder unter demselben Dache ist, so darf die Gesellschaft nicht bloß die einfache Summe der Familien sein, die sie bilden. Sie muß aus einem Familiengeist leben, der auf eine Gemeinschaft des Ursprungs und des Zieles begründet ist. Wenn zwischen den einzelnen Zweigen derselben Familie die Lebensverhältnisse Ungleichheiten aufkommen lassen, hilft man sich gegenseitig. Ohne Zweifel ein erhabenes Ideal! Aber warum gibt man sich nicht sofort daran, in diesem Sinne zu arbeiten, mag auch seine Verwirklichung noch weit entfernt sein? Sogar die quälenden Fragen der kontinentalen Weltwirtschaft würden in dieser Sicht betrachtet eine fühlbare und wohlthuende Hilfe erfahren.« Vgl. dazu auch: *Gustav Ermecke*, Zur Sozialtheologie *Pius' XII.* in: *Herbert Schambeck* (Hrsg.), *Pius XII. zum Gedächtnis*, Berlin 1977, 309–325.

Der französische Philosoph *Jacques Maritain* hat also durchaus recht, wenn er die »Demokratie als Staatsform der Brüderlichkeit« bezeichnet hat.

### cb) Die Strukturprinzipien

Soll das politisch zu gestaltende und moralisch in Freiheit zu verantwortende soziale Ganze richtig beurteilt und gestaltet werden, muß der Grundaufbau des Ganzen erkannt und anerkannt werden<sup>26</sup>. Es muß das Ganze gesehen werden, wie es in seinen Gliedern gründet. Das Ganze (z. B. der Staat) hat diesen gegenüber einmal die Funktion des Ganzen als Sorge für das Ganze in den Gliedern, z. B. in der Gesetzgebung, im Gerichtswesen, in der Polizei, in vielen Handels- und Verkehrsermöglichkeiten<sup>27</sup>. Dann aber muß das Ganze seinen Gliedern subsidiäre Hilfe bieten, d. h. 1. sie anerkennen in ihrem Selbstsein und ihrer Selbsttätigkeit, 2. ihnen eine Hilfe zur Selbsthilfe geben, 3. stellvertretende Ersatzhilfe dort bieten, wo notwendige Eigenleistung überhaupt nicht möglich ist, aber doch zum Wohle des Bürgers und des Ganzen getan werden muß. Die Glieder untereinander aber haften im Ganzen miteinander und füreinander zum Wohle des Ganzen solidarisch.

Politik und Moral haben diese vier Strukturprinzipien zu beachten: Ganzheits-, Gliedschafts-, Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip.

Vom Auxiliaritätsprinzip spricht man aber dort, wo das Subsidiaritätsprinzip, das nur innerhalb (!) eines sozialen Ganzen im Verhältnis zu seinen Gliedern gilt, nicht angewandt werden kann<sup>28</sup>. Innerhalb der Menschheitsgemeinschaft gelten grundsätzlich auch die genannten vier Strukturprinzipien, wobei heute besonders das Subsidiaritätsprinzip als Grundprinzip der »Entwicklungshilfe« anerkannt ist. Vielfach aber stehen in diesem Raum die vier Strukturprinzipien erst noch auf dem Papier.

---

<sup>26</sup> Unter führenden katholischen Sozialphilosophen herrschte in den letzten 50 Jahren offenbar eine Scheu, vom Ganzheitsprinzip und seiner fundamentalen Bedeutung zu sprechen, aus Angst vor totalitären und organistischen Mißdeutungen (vgl. *Othmar Spann* und seine Schule), obwohl man ohne seine Annahme auch nicht von Solidarität und Subsidiarität sprechen kann. *Oswald von Nell-Breuning* spricht »schamhaft« davon: »Wir sitzen alle in einem Boot.« Prinzipiell ausgedrückt heißt das doch: Alles Soziale gründet im richtig zu verstehenden Ganzheits-Gliedschaftsprinzip. Nur so ist das »In-einem-Boote-Sitzen« verstehbar. – Zum Ganzheitsprinzip vgl. *Joseph Mausbach-Gustav Ermecke*, a. a. O., III, § 2.

<sup>27</sup> Diese Betätigungsformen des Staates können weder vom Subsidiaritätsprinzip noch vom Solidaritätsprinzip her begründet werden. Es gibt eben das soziale Ganze und seine durch Organe geschehende Eigenbetätigung zum Ziel des Ganzen, des Gemeinwohls.

<sup>28</sup> Vgl. *Gustav Ermecke*, Subsidiarität und Auxiliarität in Staat und Kirche, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 17 (1976) 81–90.

Wenn innerhalb der menschlichen Teilgemeinschaften (z. B. der Staaten) das Prinzip der Subsidiarität gilt, so gilt von Teilgemeinschaft zu Teilgemeinschaft (z. B. von Staat zu Staat) das Prinzip der Auxiliariät als Weise der menschlichen Solidarität. Auch Kirche und Staat stehen zueinander nicht in subsidiärer Aushilfeverpflichtung, weil sie verschiedene Gemeinschaftsgebilde darstellen, sondern höchstens auxiliär. Gar oft hat die Kirche lange Zeit hindurch staatliche Aufgaben, z. B. in Wissenschaft und Bildung, erfüllt, ehe der Staat bereit und fähig war, in diesen Bereichen seine ureigensten (aber zumeist nur) subsidiären Aufgaben selbst zu erfüllen. Jenes war dann Auxiliariät, also nicht Subsidiarität, sondern Gegenseitigkeitshilfe von verschiedenen Gemeinschaften. Diese noch tiefer zu erforschenden Zusammenhänge sind besonders heute in den Bereichen der Kultur (man denke an Schule, Erziehung, Ehe und Familie, Gesundheitspflege) und der Wirtschaft von größter Bedeutung für Moral und Politik.

### cc) Die Realprinzipien

Recht, Wirtschaft und Kultur stellen jene realen Werte dar, ohne die ein menschenwürdiges Gemeinschaftsleben nicht möglich ist. Daher müssen Moral und Politik sich daran orientieren: Das Recht<sup>29</sup> ist die äußere Lebensform einer Gemeinschaft auf das Gemeinwohl hin oder die Gesamtheit der Normen, welche das äußere Zusammenleben der Menschen in Hinordnung auf das konkrete Gemeinwohl hin ordnen.

Die Wirtschaft gilt der »täglichen Brotsorge«<sup>30</sup> im umfassenden Sinn. Hier ist zwar zuerst der einzelne zuständig, für sich zu sorgen. Heute aber übersteigt diese Selbstsorge die Kraft des einzelnen. Wo es daher nötig ist, und nur dort, soll der Staat aus Gemeinwohlgründen auch selbst Wirtschaft betreiben, wenn subsidiäre Hilfe nicht ausreicht oder nicht möglich ist.

Die Kultur, die Pflege der höchsten menschenwürdigen Werte, des Wahren, Guten, Schönen, Heiligen in ihren vielfältigen Anwendungsformen,

<sup>29</sup> Zum Begriff des Rechts und des Naturrechts vgl. *Joseph Mausbach-Gustav Ermecke*, a. a. O., III, §§ 26f.

<sup>30</sup> Ein bekannter Professor der Nationalökonomie begann einmal seine Vorlesung mit den Worten: »Wenn ich alles, was ich ihnen in meiner Vorlesung vorzutragen habe, in einem Wort zusammenfassen sollte, dann wäre es die 4. Vaterunserbitte: Unser tägliches Brot gib uns heute. Darin ist alles über Brotsorge, von der die Nationalökonomie handelt, enthalten. Aber es gehen der Brotbitte drei andere wichtige Bitten voraus, und drei wichtige Bitten folgen ihr. Das ist das Geheimnis der Ökonomie.« Vgl. zur Wirtschaft auch *Joseph Mausbach-Gustav Ermecke*, a. a. O., III, § 25, und *Wilhelm Weber*, a. a. O., 277 ff.

trägt zur politischen und moralischen Durchseelung des Gemeinschaftslebens bei im Dienst an der vollen Entfaltung des Menschen im mit- und zwischenmenschlichen Bereich. Hier besonders ist aber das Subsidiaritätsprinzip zu beachten<sup>31</sup>!

Recht, Wirtschaft, Kultur bilden nicht bloß abstrakt oder allgemein theoretisch, sondern auch im konkreten Falle Richtnormen<sup>32</sup> für moralische Entscheidungen und politische Gestaltungen bei der Darstellung und Entfaltung des Sozialen, des Mit- und Zwischenmenschlichen. Immer wieder muß also der Dienst am Menschen der entscheidende kritische Beurteilungsmaßstab für moralisches und politisches Wirken sein und bleiben. Sonst wird das Gemeinschaftsleben unmenschlich.

#### cd) Die Integrationsprinzipien

Die soeben genannten Realprinzipien verlangen aber nach ihrer dynamischen Ergänzung.

Das Wir-Ganze der moralisch zu verantwortenden und politisch zu gestaltenden Gemeinschaft ist potentiell immer vorhanden, in jeder Personmehrheit<sup>33</sup>. Aktuell wird es dort, wo das Ganze als Ganzes oder in seinen Teilen personal aktiviert wird. Und dazu bedarf das Ganze vor allem der Führung, welche von den obersten Organen des Ganzen ausgeht, da dieses selbst nur durch seine Organe handeln kann. Und alle, die eine organschaftliche Funktion für das Ganze ausüben, haben ein Amt inne. Im öffentlichen Gemeinwohldienst heißen sie »Beamte«, im privaten Interessendienst »Funktionäre«<sup>34</sup>.

Führung aber kann nur gelingen, wenn ihr eine Elite zur Seite steht, welche die Gedanken und das Wirken der Führung mitträgt und die mehr leistet in moralischem Verantwortungsgefühl und in politischem Einsatz als die vielen anderen. In allen sozialen Gebilden im Staat und in der Gemeinde sowie auch im gesellschaftlichen Raum, z. B. in jedem Betrieb, Krankenhaus, jeder Schule usw., muß es, wenn das Werk gelingen soll, immer Führung und Elite geben, also z. B. den Schulleiter und die Lehrer,

---

<sup>31</sup> Über Staat und Kulturschaffen vgl. *Joseph Mausbach-Gustav Ermecke*, a. a. O., III, § 7 u. 8.

<sup>32</sup> Alle konkreten Normen sind immer Ausdruck allgemeinerer Normen und nicht von diesen wie in der existentialistischen Situationsethik zu isolieren. Und letztlich ist alle Ethik normative Anthropologie.

<sup>33</sup> Jedes Ich existiert mit jedem Du in einem umgreifenden Wir. Die erst noch in den Anfängen steckende Personologie, angeregt vom Personalismus, müßte noch weiter ausgebaut werden.

<sup>34</sup> Vgl. *Johannes Messner*, *Der Funktionär*, Innsbruck 1961.

den Krankenhauschef und seine Mitarbeiter usw. . . . Aber diejenigen, welche zum Ganzen hin als Glieder (siehe die unter cb) genannten Strukturprinzipien) integriert und untereinander solidarisch organisiert werden sollen, müssen, wenn sie nicht »Masse« bleiben sollen, auch als »Gefolgschaft« aktiviert werden, welche das »Wir« funktionsgerecht (!) mitbestimmend verantwortlich tragen<sup>35</sup>.

Ohne eine gemeinwohlorientierte Führung, unterstützt von einer Elite (z. B. Abgeordnete, Beamte, Gewerkschaftsfunktionäre u. ä.), wird die Masse der Gemeinschaftsmitglieder nie zu einer Gefolgschaft, der das Wohl aller und jedes einzelnen am Herzen liegt. Und mit einer unförmigen Masse kann kein echtes Gemeinschaftsleben gelingen.

#### ce) Das Idealprinzip

Sowohl die Moral als auch die Politik müssen aus Verantwortung gegenüber der Gestaltung bestimmter sozialer Bereiche ausgerichtet sein auf die jeweils darin konkret zu verwirklichende Sozialidee, z. B. Familie, Staat, Europa, Menschheit usw., also in allgemeiner, gattungs- und artbestimmter, aber auch in ihrer konkreten geschichtlich zu verwirklichenden Gestalt. Auf »meine« Familie, auf »meinen« Staat usw. kommt es hier und jetzt an. Nur wenn diese Zusammenhänge (sehr oft auch durch Symbole, z. B. Fahnen, Lieder, Feste und Feiern) eindrucksmäßig und erlebniskräftig herausgestellt werden, kann ein Volk mit seinen Volkstumswerten in nationaler Verbundenheit sowie in Heimat und Vaterland (als existentielle Geborgenheit vermittelnde Lebensräume) erfaßt und gestaltet werden. Ohne die Verwirklichung der jeweiligen Sozialidee als konkretem, sozialem Ideal verliert jedenfalls gewöhnlich die praktische Moral psychologisch ihren inneren Schwung und die Politik ihre aufbauende Kraft<sup>36</sup>. Dann beherrschen Ideologien (unrealistisches Wunschdenken) und Utopien (Traumdenken) die soziale Moral und Politik.

#### cf) Das personale Wir-Prinzip<sup>37</sup>

Schon mehrfach wurde darauf hingewiesen, daß das Ich sich moralisch in das Wir des jeweiligen politisch zu gestaltenden Ganzen eingliedern muß.

<sup>35</sup> Obwohl die Begriffe Führung, Elite, Gefolgschaft im NS-Staat grausam mißbraucht wurden, behalten diese personalen Grundkategorien doch ihre bleibende Bedeutung.

<sup>36</sup> Wenn auch in jedem Nationalismus das Ideal-Prinzip übersteigert und vergötzt wird, kann kein Volk leben ohne eigenes, auch zu Opfern bereitmachendes Selbstwertbewußtsein.

<sup>37</sup> Vgl. Anm. 33.

Sein Ich kann der Mensch voll und ganz nur sprechen in einem umfassenden Wir, bezogen auf das jeweilige Ganze. Ohne diese Zusammenfassung, die ihren Ausdruck z. B. findet indem Wort: »L'état c'est nous, wir sind der Staat«, bleibt das Leben hinter dem moralischen und politischen Sollen zurück. Und darum ist auch das »Vaterunser« das Grundgesetz für Moral und Politik in Kirche und Welt!

Zusammenfassend: Das Thema Moral und Politik von diesen drei Gruppen gültiger Prinzipien oder Grundgesetze des sozialen Seins und Lebens aus gesehen, erhält eine klare Orientierung. Weil es Seinsgesetze sind, sind sie verbindlich für sittliches Handeln oder für die Moral (*agere sequitur esse*, Wirken ist Seinsentfaltung; *ordo essendi est ordo agendi*, Ordnung des Handelns folgt der Ordnung des Seins) und für praktisches soziales Gestalten in der Politik als Sorge für das Gemeinwohl der konkreten Gemeinschaft auf das Wohl aller hin.

Von diesen Fundamenten sollte man bei moralischen und politischen Überlegungen ausgehen und zu ihnen immer wieder kritisch zurückkehren. Ohne dieses Fundament hängen Moral und Politik in der Luft, ist ihr Verhalten wahrhaft bodenlos, jeweils Produkt von Macht- und Vorteilsüberlegungen und -kämpfen. *Justitia et Caritas*, Gerechtigkeit und Liebe, sind die Fundamente des sozialen Friedens<sup>38</sup>.

<sup>38</sup> Vgl. Anm. 25.